

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 12 / 2014

www.spd-nuernberg.de

Arbeitnehmer

„gesagt, getan, gerecht“

Betriebs- und Personalrätekonferenz
in Nürnberg

Seite 3

Interview

„Menschenrechtliche Problembereiche auch hier“

Interview mit Dr. Michael Krennerich, dem Vorsitzenden des
Nürnberger Menschenrechtszentrums

Seiten 4 und 5

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser,

seit dem 17.12.2013 ist die SPD wieder an der Regierung – viele wichtige Forderungen des Koalitionsvertrages wurden von ihr bereits auf den Weg gebracht: Von der Rente mit 63 bei 45 Beitragsjahren bis zu 8,50 Euro Mindestlohn pro Stunde, von der Mietpreisbremse bis zur Ökostromreform, von der Frauenquote in Aufsichtsräten bis zum Elterngeld Plus und zur Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Eine Koalitionsregierung heißt aber naturgemäß auch: es müssen Kompromisse geschlossen werden. Genau deshalb haben wir noch viel Arbeit vor uns. Ich freue mich sehr, dass unserer Bundesaußenminister, Dr. Frank-Walter Steinmeier, der zweifelsohne einer der starken Pfeiler dieser Regierung ist, mit uns als Parteibasis im Januar im Karl-Bröger-Zentrum das Thema „Ein Jahr große Koalition“ diskutiert. Auch hier gilt: Nur gemeinsam können wir erfolgreich sein; deshalb sind solche Veranstaltungen so wichtig.

Mit dieser Ausgabe haben wir nun auch im 12. Jahr in Folge, den letzten dsp dieses Jahres pünktlich an alle verschicken können. Es ist ein schönes Gefühl, wenn man feststellen kann, es waren wieder 12 schöne und informative Ausgaben. Dafür sage ich allen, die beteiligt waren, vielen Dank.

Ich wünsche Euch und Eueren Familien nun eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute für 2015!

Euer

Christian Vogel

Empfang der mittelfränkischen SPD- MdLs Dank und Unterstützung für Aktive in der Flüchtlingsarbeit



VON ANGELIKA WEIKERT

Der Empfang der SPD-Landtagsfraktion für Aktive in der Flüchtlingsarbeit bekam durchweg positive Resonanz. Über 200 Haupt- und Ehrenamtliche aus ganz Mittelfranken waren auf Einladung der mittelfränkischen Abgeordneten hin ins Karl-Bröger-Zentrum gekommen.

„Wer im Heimatland um Leib und Leben fürchten muss, alles zurücklässt und sich auf oft lebensgefährliche und zum Teil Jahre dauernde Flucht begibt, muss sich auf unsere Hilfe und Solidarität verlassen können.“ Mit diesen Worten begrüßte Helga Schmitt-

Bussinger die Gäste im Namen der Landtagsfraktion.

Die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Inge Aures, würdigte die Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen für unsere Gesellschaft. „Die wertvolle Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Organisationen ergänzt sich mit dem Ehrenamt, das Ehrenamt braucht das Hauptamt und umgekehrt. Das, was man landläufig Allgemeinheit nennt, lebt also von Ihrer Arbeit.“, betonte die Kulmbacherin. „Geborgenheit und Sicherheit kann nicht in den Amtsstuben der Behörden erzeugt werden, (weiter auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

sondern nur vor Ort im direkten Kontakt mit den Menschen. Und das leisten Sie mit ihrem Engagement für Flüchtlinge“, dankte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Angelika Weikert, den haupt- und ehrenamtlich Aktiven für ihre großartige Leistung.

Beim anschließenden Empfang nutzten die Gäste die Gelegenheit, miteinander und mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und Ihnen Anregungen und Wünsche mit auf den Weg nach München zu geben. So brauchen die Ehrenamtlichen vor allem professionelle

Koordinierung, damit ihre Hilfe auch da ankommt, wo sie am nötigsten ist. Und natürlich darf niemand auf den Kosten, die ihm durch seinen freiwilligen Einsatz entstehen, sitzen bleiben. Viele Ehrenamtliche wünschen sich zudem Weiterbildungs-, Beratungs- und Informationsangebote, um sich in rechtlichen und psychologischen Fragen noch besser um die Flüchtlinge kümmern zu können.

„Wir sind sicher, Ihr Einsatz wird noch lange gebraucht. Die SPD-Landtagsfraktion wird alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um sowohl die Flüchtlinge und auch Sie in ihrer Arbeit

zu unterstützen!“, sicherte Weikert den Anwesenden zu.

Arif Tasdelen stellte in seinem Schlusswort die Aufnahmezahlen hierzulande denjenigen des Libanon gegenüber und stellte fest: „Bayern ist bei der Aufnahme von Flüchtlingen und bei der Unterstützung ihrer Helferinnen und Helfer noch lange nicht an der Grenze des Leistbaren angelangt. Deshalb sollten wir die Flüchtlingshilfe nicht unter dem finanziellen Aspekt, sondern unter dem humanitären Aspekt diskutieren.“ ■

Schwusos: Wir kämpfen weiter – Stop Homophobia

VON MICHAEL BLÖDEL

■ Ansgar Dittmar wurde Mitte Oktober im Karl-Bröger-Zentrum in Nürnberg als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) in seinem Amt bestätigt. In seiner Rede gab er sich kämpferisch: Der Union drohen „Konsequenzen“, sollte sie weiter LGBT-Rechte blockieren. Der Koalitionsvertrag sei für die Schwusos eher eine Belastung als eine Bereicherung.

„100 Prozent Gleichstellung nur mit uns. Damals dachten wir auch noch, dass wir die Wahl gewinnen. Wir kämpfen weiter. Stop Homophobia“, so Ansgar Dittmar kämpferisch in Richtung der Union und seiner eigenen Partei. „Nach den Koalitionsverhandlungen schien die Forderung der Gleichstellung von Schwulen und Lesben für viele Schwule und Lesben vom Tisch. Mitnichten. Dieser Koalitionsvertrag ist kein Ehevertrag und steht nicht für die Ewigkeit. Wir haben noch viel zu tun. Ich bin aber immer noch glücklich, dass unser Verhandlungsteam relativ viel herausgeholt hat, trotz der starken Blockadehaltung der Union“, so Ansgar Dittmar. Das Signal, das von diesem Bundeskongress der Schwusos ausgeht: Weiterkämpfen ist wichtiger denn je. Sicher

vor einem Rollback des Erreichten sind Schwule und Lesben erst, wenn das Merkmal der sexuellen Identität als Diskriminierungsmerkmal in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen wurde. Alltagshomophobie, Entschädigung und Rehabilitation derjenigen, die nach dem §175 StGB und dem §151 StGB der DDR verurteilt worden sind, sowie die Reform des Transsexuellengesetzes sind nur eine Auswahl der Schwerpunkte, denen sich die Schwusos in den kommenden Jahren annehmen werden.

Mit dem Besuch von Yasmin Fahimi, SPD-Generalsekretärin, zeigte das Willy-Brandt-Haus, wie wichtig das Thema für die Parteispitze ist. Dies unterstrich Fahimi auch in ihrer Begrüßung: „Alle Menschen müssen unabhängig ihres Geschlechts und unabhängig ihrer sexuellen Orientierung die gleichen Rechte haben. Wir wissen, dass dies – leider – noch lange nicht der Fall ist. Ein paar Dinge haben wir in Deutschland bereits



durchsetzen können.“ In Richtung Union stellte die SPD-Generalsekretärin klare Fragen: „Warum zum Beispiel dürfen gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder adoptieren? Oder warum sind die Opfer des Paragraphen 175 StGB noch immer nicht rehabilitiert und entschädigt?“

Im Rahmen der Wahl zum Bundesvorstand stimmten die Delegierten einer veränderten Vorstandsstruktur zu. So verabschiedet man sich von der bestehenden Regelung mit einem Vorsitzenden und 13 Vertreten hin zu einem Vorsitzenden, vier Stellvertretern und neun Beisitzern. ■

„gesagt, getan, gerecht“ Betriebs- und Personalrätekonferenz am 22.10.2014

mit Anette Kramme, MdB – seit zehn Monaten Staatssekretärin
im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

VON ELKE HÄRTEL UND KURT REINELT

Die arbeitsmarktpolitische Zwischenbilanz der SPD kann sich sehen lassen. So stimmten die Betriebsräte und Gewerkschafter auf ihrer Nürnberg-Konferenz im Karl-Bröger-Zentrum überein. „Seit über 40 Jahren setzt sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen mit der SPD für Arbeitnehmer(innen) ein für gute Arbeitsverhältnisse, gegen Arbeitslosigkeit und für mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen und Vermögen“, so Elke Härtel, Vorsitzende der AfA Nürnberg in ihrem Grußwort.

„Mit dem gesetzlichen Mindestlohn haben wir dem Wettbewerb um die niedrigsten Löhne ein Ende gesetzt“, so MdB Gabriela Heinrich und appelliert als Menschenrechts- und Entwicklungspolitikerin an international tätige Textilketten, sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich am Textilbündnis auch im Ausland gegen Lohndumping, Ausbeutung und für Streikrecht zu beteiligen.

„Mit dem Rentenpaket - der abschlagsfreien Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren, der Mütterrente mit Anrechnung von Kindern die vor 1992 geboren sind und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente - schließen wir Gerechtigkeitslücken und erkennen Lebensleistung an – es ist nicht geschenkt, sondern einfach verdient und damit gerecht“ machte Anette Kramme, MdB, deutlich; der gesetzliche Mindestlohn kommt und „das ist ein historischer Erfolg und ich bin dankbar, dass es nach aller Diskussion und Forderungen der CSU nur zwei Ausnahmen vom Mindestlohngesetz gibt“.

Im Interview zwischen Martin Burkert, MdB, und Andreas Weidemann, erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg, macht dieser deutlich: „Die SPD

als Juniorpartner in der großen Koalition hat für die Menschen viel – wenn auch nicht alles, was Gewerkschaften gefordert haben – erreicht. Es muss aber noch eine Menge getan werden, denn Menschen können nicht bis 65



Von links: Kurt Reinelt, Andreas Weidemann, Elke Härtel, Gabriela Heinrich, Anette Kramme und Martin Burkert

oder 67 arbeiten. Zum zukünftigen Rentenniveau von 44 % muss in Anbetracht der Altersarmut, auf die wir zusteuern, dringend etwas getan werden. Das von Gerhard Schröder aufgelegte 3-Säulen-Rentenmodell aus privater Vorsorge, betrieblicher Altersvorsorge und gesetzlicher Rente ist gegen die Wand gefahren.“ Der Mindestlohn sei ein erster großer Schritt, aber „man muss von dem, was man verdient, auch leben können und das ist mit 8,50 Euro wahrlich schwer“. Bei der Begrenzung der Leiharbeit auf deren notwendige Kernfunktion sind „auch Schlupflöcher zu schließen, denn wir haben zwischenzeitlich Befristungswanderarbeiter“, und es ist nachhaltig zu fragen, „welche Formen von Befristungen von Arbeitsverträgen wollen und brauchen wir überhaupt“. Beim angekündigten Gesetzentwurf „Tarifeinheit – ein Betrieb – ein Tarifvertrag – eine Gewerkschaft“ dürfe „das Streikrecht nicht angegangen werden“.

Martin Burkert ergänzt hierzu „In Deutschland wird sorgsam mit dem scharfen Schwert Streik umgegangen. In Deutschland kommen auf 1000 Arbeitnehmer im Zeitraum 2005 - 2012 fünf Ausfalltage durch Streiks, wäh-

rendessen steht Spanien mit 173 Ausfalltagen an der Spitze steht.“

In den weiteren Diskussionsbeiträgen machten die Betriebs- und Personalräte aus den Nürnberger Betrieben deutlich „es ist noch viel zu tun“; so auch die Zusammenfassung von Kurt Reinelt, stellvertretender AfA Vorsitzender Nürnberg: Die großen Grenzbereiche und Missbräuche von Scheinwerkverträgen, Scheinselbstständigkeit und verdeckter Arbeitnehmerüberlassung sind genauso einzugrenzen, wie die sachgrundlosen Befristungen. Ferner sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere ein Rückkehrrecht auf Vollzeit nach Kinder- und Teilzeitjahren mit mehr tatsächlichen Karrierechancen für Frauen, die Studien- und Ausbildungsplätze innovativ zu verbessern.

Unterstützen Sie die SPD und die AfA in Nürnberg, arbeiten Sie mit und kontaktieren Sie uns:
elke.haertel@spd-nuernberg.de ■

„Es gibt auch hierzulande menschenrechtliche Problembereiche“

Interview mit dem Vorsitzenden des Nürnberger Menschenrechtszentrums

■ Das Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ) wurde 1989 gegründet. Ursprünglich entstanden als eine Dokumentations- und Informationsstelle zu Menschenrechten in Lateinamerika arbeitet es heute zu einem breiten Spektrum an menschenrechtlichen Fragen in Deutschland, Europa und im außereuropäischen Ausland. Das NMRZ ist ein gemeinnütziger Verein, der rein von der ehrenamtlichen Arbeit seiner Mitglieder lebt. Vorsitzender ist seit dem Jahr 2007 der Politikwissenschaftler Michael Krennerich, Privatdozent am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Universität Erlangen-Nürnberg. Wir haben ihn anlässlich des 25jährigen Jubiläums des NMRZ interviewt.

dsp: Herr Dr. Krennerich, könnten Sie uns das NMRZ kurz beschreiben? Wie groß ist Ihr Team und was tun Sie, was sind die Aufgaben und Ziele des NMRZ?

Dr. Krennerich: Das NMRZ ist ein kleiner, lebendiger Verein. Wir haben rund 70 Mitglieder, von denen sich etwa 20 Personen regelmäßig aktiv einbringen. Das NMRZ dient der interessierten Öffentlichkeit als Anlaufstelle für menschenrechtliche Fragen, lädt regelmäßig zu Menschenrechtsgesprächen und Konferenzen ein, betreibt Menschenrechtsbildung und bringt seine Expertise in die lokale, nationale und internationale Politik ein.

dsp: Ist das Thema Menschenrechte für die Menschen in der Region nur ein Nischenthema? Welche Stellung nimmt es in der Wahrnehmung ein?

Dr. Krennerich: Ich habe den Eindruck, dass viele Menschen für menschenrechtliche Probleme sensibilisiert sind. Viele lässt es nicht kalt, wenn Menschen weltweit beispielsweise wegen ihrer politischen Ansichten, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder auch ihres Einsatzes für Land- und Arbeiterrechte verfolgt, unterdrückt und vertrieben



NMRZ-Vorsitzender Dr. Michael Krennerich

werden. Und viele Menschen hierzulande möchten auch keine Produkte nutzen, die in Kinderarbeit und unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Hier kann man als Menschenrechtsorganisation ansetzen und das Wissen um und das Bewusstsein für die Menschenrechte stärken.

Schwieriger wird es bei Menschenrechtsproblemen im eigenen Land. Da stößt man mitunter auf Unverständnis. Noch immer werden Menschenrechtsverletzungen vor allem mit fernen Ländern in Zusammenhang gebracht. Dabei gibt es auch hierzulande menschenrechtliche Problembereiche. Denken wir nur an den Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Grenzen und innerhalb der EU. Oder an Menschenhandel zum Zwecke wirt-

schaftlicher oder sexueller Ausbeutung. Oder an Rassismus nicht nur am Rande, sondern mitten in unserer Gesellschaft. Oder an die vielfältigen, oft versteckten Formen von Diskriminierung. Wer sich für die Menschenrechte in fremden Ländern einsetzt, muss den kritischen Blick auf die Lage auch im eigenen Lande zulassen.

dsp: „Informieren sie „nur“ und klären Sie über Menschenrechte auf, oder mischen Sie sich auch aktiv ein?“

Dr. Krennerich: Wir mischen uns richtig ein. In Nürnberg sind wir vielfältig in der Menschenrechtsbildung engagiert, arbeiten auch kritisch-konstruktiv mit anderen Menschenrechtsorganisationen und dem Menschenrechtsbüro der Stadt zusammen. Bundesweit sind wir eine treibende Kraft im Netzwerk „Forum Menschenrechte“, das mit seinen 53 Mitgliedsorganisationen die Politik der Bundesregie-

rung kritisch begleitet. Zugleich sind wir gern gefragter Ansprechpartner in Bundesministerien, im Bundestag, im Deutschen Institut für Menschenrechte und bei vielen anderen nicht-staatlichen Menschenrechtsorganisationen. Auch bei der UNO oder z.B. in Lateinamerika ist unsere Stimme gefragt.

dsp: Das NMRZ gibt es bereits seit 25 Jahren. Die Welt hat sich in diese Zeit enorm gewandelt: Haben sich die Einsatzfelder örtlich oder inhaltlich verändert oder gibt es eine gewisse Kontinuität?

Dr. Krennerich: Unser Interesse an den Menschenrechten in Lateinamerika ist ungebrochen. Auch das Thema der internationalen Strafgerichtsbarkeit bei schwerwiegenden Menschenrechtsverbrechen

haben wir, ausgehend von den Nürnberger Prozessen, schon früh aufgegriffen und arbeiten heute noch intensiv dazu. Neue Themen sind hinzugekommen, beispielsweise das gewalttätige „Verschwindenlassen“ von Menschen, die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte oder auch die sogenannten LSBTI-Rechte. Auch beschäftigen wir uns mit Menschenrechten in anderen Weltregionen. In der Menschenrechtsbildung haben wir unsere Anti-Diskriminierungsarbeit verstärkt.

dsp: Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang die Hauptziele für die zukünftige Arbeit?



Dr. Krennerich: Als Vorsitzender ist mir viel daran gelegen, dass wir eine professionelle Menschenrechtsarbeit betrei-

ben und zugleich den Charme eines kleinen, ehrenamtlich betriebenen Vereins erhalten: Bei uns kann sich grundsätzlich jeder und jede einbringen, unabhängig von Zeitbudget und Vorwissen. Was

zählt ist unser gemeinsames Anliegen, die Menschenrechte zu stärken. Inhaltlich ist mir daran gelegen, dass wir menschenrechtlichen Probleme hierzulande und in anderen Weltregionen noch stärker im Zusammenhang betrachten.

dsp: Eine Frage stellen wir immer: Was ist Ihr Lieblingsplatz in Nürnberg.

Dr. Krennerich: Es wird Sie kaum überraschen: die Straße der Menschenrechte.

dsp: Wir sagen danke für das Interview und wünschen Ihnen und Ihrem Team weiterhin viel Energie und Freude beim Einsatz für die Menschenrechte! ■

Der Aufbruch von Magdeburg

Die Linken in der SPD sortieren sich neu

VON JONAS LANIG

■ Für den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel ist der Fall klar: Die Partei muss möglichst breit aufgestellt sein, um ein möglichst breites gesellschaftliches Spektrum abbilden zu können. In der Konsequenz kann das nur heißen: Die SPD braucht einen starken linken Flügel, um sich ihrer Grundwerte zu vergewissern und ihr inhaltliches Profil zu schärfen. Nur so kann sie zu einem Identifikationsangebot für die Kritischen, die Nachdenklichen und die Ungeduldigen im Lande zu werden.

Bisher blieb die Linke in der SPD weitgehend wirkungslos, weil sie in unterschiedliche Fraktionen zersplittert war und diese sich gegenseitig blockierten. Um das zu ändern, hatten Ralf Stegner, Johanna Uekermann und Carsten Sieling die Parteilinke am 14. und 15. November 2014 zu einem großen Ratschlag nach Magdeburg eingeladen. Grundlage des Treffens war der Aufruf „Gemeinsam für eine starke SPD-Linke!“, der unter www.spd-linke.info nachgelesen und unterzeichnet werden kann. Die inhaltliche Botschaft

des Treffens war eindeutig: Die SPD darf nicht hinter die Leitplanken ihres Wahlprogramms aus dem Jahr 2013 zurückfallen – auch wenn sich viele dieser Forderungen in einer Koalition mit den Unionsparteien gegenwärtig nicht durchsetzen lassen. Das gilt nicht zuletzt für eine andere Steuerpolitik, um die Vermögenden stärker als bisher an den öffentlichen Investitionen zu beteiligen. In der Forderung nach der Einführung einer Vermögenssteuer schlagen sich solche Erwartungen in der politischen Agenda unserer Partei nieder. Der visionäre Anspruch einer linken Volkspartei muss weiter reichen als das, was wir derzeit in den Rathäusern und Regierungen liefern und was in vielen Fällen den Zwängen der Realpolitik geschuldet ist. Auch in Nürnberg bleibt in der Routine des politischen Tagesgeschäfts manches auf der Strecke, was von einer starken Linken einzufordern wäre. Sie hätte in den innerparteilichen Diskurs jene Ideen, Projekte und Visionen einzuspeisen, durch die sich die Kernbotschaft der Sozialdemokratie sichtbar machen ließe. Deshalb kann der Aufbruch von Magdeburg nur dann Wirkung zei-

gen, wenn er auch zu einem Motivations Schub an der Basis führt.

Aus der Bionik können wir lernen: Flügel lähmen oder behindern nicht, sondern sie befördern den Höhenflug. Der seit dem Treffen in Magdeburg gestärkte linke Flügel kann deshalb der ganzen Partei Auftrieb geben. ■

Terminankündigung



Bild: Marco Urban

Am 12.01.2015 um 18 Uhr kommt Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier nach Nürnberg ins Karl-Bröger-Zentrum und referiert über ein Jahr große Koalition.

**65 Jahre**

Horst Klaus
Margit Krasser
Fritz Oerter
Max Rohringer
Helmut Stühler

60 Jahre

Ewald Dettenthaler
Kurt Gemählich
Hannelore Gruber
Anna Heß
Dieter Klaus
Ines Ludwig
Karl Pischinger
Kurt Reif
Herbert Rösch

Karl Stich
Gert Wagner

50 Jahre

Kurt Böhm
Hans Jörg Bub
Edith Flor
Christa Gebauer-Boeck
Manfred Gebhardt
Herbert Gerlach
Herbert Koch
Rosemarie Kohn
Prof. Dieter Kreft
Günter Masopust
Dieter Oehler
Hermann Preiss
Josef Rausch
Inge Schenitzki

Fred Schmaus
Fritz Schmidt
Christine Sommer
Heidemarie Stark
Günter Stark
Fritz Weigel
Marianne Wowra

40 Jahre

Wolfgang Beigel
Herta Bergmann
Susanne Braune
Hans Brüggemeier
Friederike Bumberger
Hans Karl Busch
Beate Butz
Gerd Danziger
Georg Ehenschwender

Fritz Elter
Walter Engelhardt
Karl Haas
Ulrike Haas
Gerlinde Heyn
Helmut Hufnagl
Herbert Kriegelsteiner
Armin Kurzmann
Ilse Lang
Christine Limbacher
Hanna Löffler
Gerlinde Marquart-Neuberger
Marianne Mederer
Gisela Merkert
Dietrich Mosch
Gerhard Pfaff
Werner Pomayr
Karin Reck

SPD Nürnberg 2014



Foto: André Karambatsos

Gerhard Reinold
Heinrich Ried
Dr. Georg-Wilhelm Rothgang
Barbara Rothgang
Heinz Schmidt
Klaus Stadler
Joachim Stark
Maria Stebka
Karl-Heinz Völkel
Renate von Heckel
Werner Wild
Erika Wolf
Emil Zeitz

25 Jahre

Jahn-Rüdiger Albert
Prof. Dr. Bernad Batinic
Frank Berger

Carsten Bergmann
Gertraud Bernreuther
Jürgen Brunner
Esin Citlak
Detlef Classe
Hannelore Däschlein
Werner Eder
Dieter Engelhard
Claus Erhard
Ulrike Fritsch
Erich Fröhler
Günter Gamroth
Tilman Gänslar
Rosemarie Gebhardt
Rolf Haag
Linda Hendl
Nadja Hense
Hans-Werner Ittmann

Stefan Janbazian
Rainer Jung
Dieter Kahl
Musa Karaalidglu
Stefan Kienlein
Werner Kneidl
Peter Kostka
Gerhard Kotschenreuther
Bernhard Kraus
Günter Kräutlein
Manuela Lenz
Ralf Lethmeir
Tobias Limbrunner
Karin Maindok
Martina Mittenhuber
Georg Nether
Robert Olejniczak
Jan-Thorsten Pahl

Jürg Petzina
Ursula Plate-Erhard
Lars Pohlmann
Hannelore Reidelshöfer
Peter Richert
Uwe Scheller-Trommer
Brigitte Schlee
Christof Seeger
Sieglinde Selber
Horst-Dieter Stein
Susanne Wildenauer
Ursula Wolf
Rainer Wolff
Kurt Zapf
Ulrich Zepf
Richard Zeug

Termine

01.12.2014 - 19:30 Uhr
 SPD Hasenbuck:
 Rote Runde
 Gasthof Süd, Ingolstädter
 Straße 51

02.12.2014 - 16:30 Uhr
 AG verfolgter Sozialdemo-
 kraten: Jahresschlußtreffen
 AWO-Thek, anschl. Vortrag
 Hermann Glaser: „Adolf
 Hitlers Hetzschrift „Mein
 Kampf““

02.12.2014 - 18:00 Uhr
 Lesung von
 Dr. Hermann Glaser
 Dr. Hermann Glaser liest aus
 seinem Buch „Adolf Hitlers
 Hetzschrift „Mein Kampf““
 und diskutiert mit dem Jour-
 nalist Alexander Jung-
 kunz (Nürnberger Nachrich-
 ten) darüber. AWO-Thek,
 Karl-Bröger-Str. 9

02.12.2014 - 19:30 Uhr
 SPD Laufamholz:
 Weihnachtsfeier
 SVL-Sportheim,
 Schupfer Str. 81

02.12.2014 - 20:00 Uhr
 SPD Großgründlach:
 Mitgliederversammlung
 SFG-Sportheim,
 Würzburger Straße 61

03.12.2014 - 12:01 Uhr
 Arbeitsgemeinschaft
 für Bildung: Sitzung
 Karl-Bröger-Straße 9

Flüchtlinge: Kommunen unterstützen!

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER

■ Als Sprecherin der mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten habe ich mit meinen Nürnberger Kollegen Angelika Weikert, Stefan Schuster und Arif Tasdelen und den weiteren Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold und Harry Scheuenstuhl nach einem Gespräch mit dem mittelfränkischen Regierungspräsidenten Dr. Bauer die bayerische



Im Bild (von links) die Bereichsleiter und Abgeordneten: Hildegund Rüger (Schulen), MdL Alexandra Hiersemann, MdL Stefan Schuster, MdL Helga Schmitt-Bussinger, Regierungspräsident Dr. Bauer, MdL Angelika Weikert, Robert Karl (Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz), Walter Leuner (Sicherheit, Kommunales, Soziales), Gerhard Seitz (Planung und Bau), Klaus Kreitinger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr).

Staatsregierung erneut aufgefordert, die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen nachhaltig zu unterstützen.

Das Hauptthema des Gesprächs war natürlich die schwierige Situation der Asylbewerber in Mittelfranken. Die ZAE Zirndorf war ursprünglich konzipiert für 650 Plätze und ist derzeit mit 2.300 Flüchtlingen völlig überbelegt. Prognosen gibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht mehr, so unkalkulierbar ist die Lage derzeit. Der von der Staatsregierung angelegte „Notfallplan Winter“ ist laut Regierungspräsident Dr. Bauer in Mittelfranken bereits weitgehend umgesetzt, v. a. dank des Engagements von Städten und Gemeinden. Dennoch muss klar sein, dass die Kommunen hier staatliche Aufgaben übernehmen. Und: „ohne die große Unterstützung durch Ehrenamtliche wäre die umfassende Hilfe für Flüchtlinge so nicht möglich. Ihnen gebührt unser Dank“, so Dr. Bauer.

Wir werden von der Staatsregierung einfordern, dass sie die Kommunen für ihre Leistun-

gen finanziell entschädigt. Wichtig ist zudem die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. Wir sind hier auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, um geeignete Räume zu finden. Gleichzeitig ist ein Förderprogramm des Freistaats nötig, um Wohnraum anmieten zu können.

Um Flüchtlingskinder auf den Besuch einer Regelschule vorzubereiten, sind zudem spezielle Übergangsklassen notwendig. Auf Nachfrage wurde bei dem Gespräch deutlich, dass neben den bestehenden rund 80 Übergangsklassen in Mittelfranken Bedarf von weiteren 20 Klassen besteht. Das bedeutet auch, dass der Freistaat mehr Lehrerstellen zur Verfügung stellen und dieses Angebot flexibel an die Zahl der Flüchtlinge anpassen muss.

Beim Thema „Erneuerbare Energien“ ist erfreulich, dass in Mittelfranken bereits 34 % des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Allerdings, so Dr. Bauer, sei es zunehmend schwieriger, auf die angestrebten 50 % zu kommen. Wir sehen es kritisch, dass durch die 10H-Regelung, die auf Wunsch der Staatsregierung am 20.11.2014 verabschiedet wurde, der Ausbau der Windenergie in Mittelfranken völlig zum Erliegen kommt. Durch die Politik der Staatsregierung wird die Energiewende erschwert und nicht vorangebracht.

Weiteres Thema war die Verkehrssituation in Mittelfranken. Schwerpunkt – hier waren wir uns mit dem Regierungspräsidenten einig – muss der Ausbau der Engstellen der stark belasteten A6 und A3 in Mittelfranken sein. Wir haben in diesem Zusammenhang noch einmal den Einsatz von Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Lärmreduzierung gefordert. Gleichzeitig wurden die Fortschritte für die weitere Planung der Stadt-Umland-Bahn Erlangen-Erlangen/Höchststadt-Nürnberg (StUB) begrüßt. Die StUB ist ein wesentlicher Faktor für die gesamte Metropolregion als Nahverkehrssystem der Zukunft. ■

Macht mit bei „Kochen für #Soltani!“

VON GABRIELA HEINRICH

■ Seit 1995, also 60 Jahre nach Verabschiedung der NS-Rassengesetze und 50 Jahre nach Weltkriegsende, verleiht die Stadt Nürnberg alle zwei Jahre den „Internationalen Menschenrechtspreis“. Dieser ist nicht nur als Anerkennung für die Ausgezeichneten gedacht, sondern auch als Ermutigung und zum Schutz derer, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

Umso bedrückender ist, dass einer der Preisträger im Zuge der Verleihung in Haft genommen wurde. 2009 musste der Menschenrechtspreis erstmals in Abwesenheit verliehen werden, weil dem Preisträger, dem iranischen Anwalt und Menschenrechtsverteidiger Abdolfattah Soltani die Ausreise verweigert wurde. Seit über drei Jahren ist er im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert, in dem Folter und Hinrichtungen zum Alltag gehören. Die Annahme eines „ungesetzlichen Preises“ waren ebenso Teil der Urteilsbegründung wie die „Gründung des Zentrums zum Schutz der Menschenrechte“ mit der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi (2003). Das Urteil lautete auf 13 Jahre Haft mit anschließendem 20-jährigem Berufsverbot. Leider verschlechtert sich sein Gesundheitszustand unter den Haftbedingungen zusehends.

Die Menschenrechtslage im Iran ist katastrophal

Die Generalversammlung der UNO verabschiedet nur in sehr seltenen, gravierenden Fällen eine Resolution zur Menschenrechtslage in einem bestimmten Land. Die Menschenrechtslage im Iran wurde in den letzten 28 Jahren 26 Mal verurteilt.

Als schlimmste Menschenrechtsverletzungen gelten die große Zahl an Hinrichtungen, wie Steinigungen, die z. T.

öffentlich durchgeführt oder an Minderjährigen vollzogen werden; Folter und grausame, unmenschliche Strafen wie Amputationen; gewaltsame Unterdrückung von Frauen; zunehmende Diskriminierung Andersgläubiger; Einschränkung nahezu aller Freiheitsrechte wie der Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit. Die Hoffnung, die mit dem als Reformler geltenden



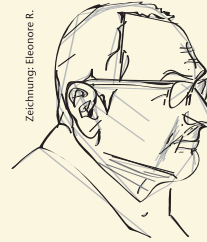
Präsidenten Rohani verbunden war, erfüllte sich bisher nicht – im Gegenteil: So nahm die Zahl der Hinrichtungen deutlich zu und lag im letzten Jahr bei 852.

Wie können wir vor diesem Hintergrund Herrn Soltani unterstützen und unsere Solidarität ausdrücken? Diplomatischer Druck führte leider bisher nicht zum Erfolg. Gibt es eine Möglichkeit, die sozialen Medien zu nutzen, die im arabischen Frühling eine so gewichtige Rolle spielten? Diese Überlegungen führten zur Facebook-Kampagne „Kochen für #Soltani“. Die Grundidee ist denkbar einfach: Wir kochen für Herrn Soltani und laden ihn zum Essen ein. Seine Haft steht dem entgegen, seine Freilassung ist unsere Forderung. Diese richten wir per Mail an die iranische Führung und bitten die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini um Unterstützung. Damit sorgen wir für neue Aufmerksamkeit für den Menschenrechtspreisträger, der als Symbol für so viele politische Gefangene im Iran und der Welt steht.

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Namen sind Nachrichten, so steht es in jedem Lehrbuch für Journalismus. Sagen wir mal Gerd Schmelzer. Kunst im ehemaligen TAGelände, Parkplatz statt Augustinerhof oder neues Leben im Milchhof, und was einem sonst noch so einfällt. Beispielsweise Lebkuchen. Die backt der Immobiliensanierer neuerdings ebenfalls. Respekt.



Oder Wolf Schäfer, auch so ein unerschrockener Optimist. Ist der oberste Statistiker der Stadt doch überzeugt, Nürnberg 2015 wieder im Rang einer Halbmillionenstadt präsentieren zu können. Lieber Genosse, das sieht nach Ehrgeiz aus, haben sich doch soeben sechs Nürnberger Bürgerinnen und Bürger aus der gar nicht mehr so großen Großstadt verabschiedet – tief in den Reichswald nach Feucht. Darunter der Autor.

Joachim Gauck indessen ist ein ganz anderer Fall. Der Bundespräsident strapaziert unser Gemüt mit perspektivlosen Wünschen nach mehr deutschen Soldaten in aller Welt oder finsternen Gesten in Richtung Moskau. Seit er auch noch ein Wahlergebnis wie das in Thüringen negierte und dem Sieger, dem voraussichtlichen SPD-Koalitionspartner Die Linke die Regierungsbildung versagen möchte, zählt ihn die Süddeutsche Zeitung zu den „Leuten von gestern“. Die SPD-Spitze hätte zu diesem präsidialen Ausrutscher ruhig ein klares Wort finden können.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Rüdiger Löster
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Präbuiß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

04.12.2014 - 19:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
Jahresabschlussfeier
 mit Jubilarehrung, Genossenschaftssaalbau, Kleiner Saal, Matthäus-Herrmann-Platz 2

05.12.2014 - 18:00 Uhr
SPD Hummelstein:
Jahresabschlussfeier
 Wirtshaus Galvani,
 Galvanistraße 10

05.12.2014 - 18:00 Uhr
10. Nürnberger
Ehrenamtspreis der SPD
 Wir laden Sie herzlich ein zum Empfang anlässlich der Vergabe des Ehrenamtspreises. Saal des Karl-Bröger-Zentrums. Bei Interesse bitte im Parteibüro melden.

06.12.2014 - 18:00 Uhr
SPD Hasenbuck:
Weihnachtsfeier
 Gasthof Süd,
 Ingolstädter Straße 51

09.12.2014 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der
SPD Nürnberg: Sprechtag
 Kompetente Erstberatung ohne Kosten von Brigitte Reuter und Rechtsanwalt Winfried Berg. Die Anlaufstelle für Bürger bildet dabei keine Konkurrenz zu hiesigen Mieterschutzvereinen. Das Mieterbüro bietet lediglich eine Erstberatung. Haben auch Sie Probleme als Mieter, wenden Sie sich an uns: Vorherige Terminvereinbarung notwendig, Tel: 438960. (Telefonberatung kann nicht stattfinden.)

Graz-Besuch des SPD-OV Wöhrd

■ Einige Gemeinsamkeiten hat die rund 270.000 Einwohner zählende Stadt Graz mit Nürnberg: Die Mur teilt die Landeshauptstadt der Steiermark und Universitätsstadt in einen wohlhabenderen östlichen und einen weniger privilegierten westlichen Stadtteil. Weiter besitzt die zweitgrößte Stadt in Österreich eine historische Altstadt (UNESCO-Weltkulturerbe) mit einem Hauptplatz. Aber warum fährt eine Delegation des SPD-Ortsvereins Wöhrd in die „Menschenrechtsstadt“ Graz?

Florian Goertz und Stefan Genser haben uns für drei Tage ihre Zweitheimat vorgestellt. Florian berichtet, dass der Großraum Graz in den letzten 10 Jahren zu dem am schnellsten wachsenden Ballungsraum Österreichs geworden ist. Natürlich hat diese Entwicklung großen Einfluss auf die angespannte Wohnsituation. Was dem Nürnberger seine Burg ist, ist dem Grazer sein Schlossberg. Spektakulär ist die Aussicht über die Stadt. Von drei Seiten durch die Alpen eingerahmt, plagt Graz die Feinstaubbelastung. Zur Reduzierung des Feinstaubes beabsichtigen ÖVP und SPÖ gemeinsam, die Bürger zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu motivieren, indem sie den Preis des Jahrestickets für Bus und Straßenbahn von 399 EUR auf 228 EUR reduzieren wollen. Als ein Highlight empfanden wir

den Empfang bei der stellvertretenden Bürgermeisterin, Dr. Martina Schröck (SPÖ). Die für Soziales, Frauen, Jugend und Familie, SeniorInnen, Arbeits- und Beschäftigungspolitik zuständige 37-Jährige packt an und ist zweifellos die Charmeoffensive der SPÖ im Rathaus. Gesprächs-



themen des zweistündigen Treffens waren u. a. die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat, das Thema Asyl und Flucht, die Arbeitsmarktpolitik insbesondere für Jugendliche und der ÖPNV.

Wir verabschiedeten uns mit einer Gegeneinladung und, wie kann es anders sein, rundeten wir den Besuch in einem Weingut in der Steiermark ab. Herzlichen Dank geht an unseren Chef, Florian Goertz und Stefan Genser für die Super-Organisation. Es war uns ein Vergnügen. ■

100 Jahre Sozialdemokratie in der Gartenstadt

■ Am 2. November 2014 feierte der Ortsverein Gartenstadt sein 100-jähriges Bestehen mit weit über 100 Gästen in den Gasträumen des Gesellschaftshauses Gartenstadt. Zahlreiche Genossen folgten dieser Einladung und es war ein Nachmittag voller Reden, Gespräche, Kultur und Rückblicke auf unsere Geschichte.

Lia Sommer gestaltete extra für diesen Anlass eine Wand des Gastraumes, die Fotos und Lebensläufe prägender Persönlichkeiten der Gartenstadt zeigte, wie z.B. Käthe Strobel, Kurt Karl Doberer, Helmut Nitsch, Karl Maly, Kurt Schuster und viele mehr.

Gegen 14 Uhr startete begann der offizielle Teil. Viele geladene Gäste waren gekommen: Freunde des Ortsvereins aus dem Geschäftsle-



ben, Vertreter aus anderen SPD-Ortsvereinen, Mitglieder des Unterbezirksvorstandes, der

Parteivorsitzende der Nürnberg SPD und Bürgermeister Christan Vogel, der Bundestagsabgeordnete Martin Burkert, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Horst Schmidbauer, die Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Arif Tasdelen, Stefan Schuster sowie die Bezirkstagsabgeordnete Amely Weiß. Über die Anwesenheit von Ralf Stegners aus

dem Vorstand der Bundes-SPD freuten wir uns besonders. Ralf hielt eine packende Rede über die Sozialdemokratie und den Grund, warum man heute überhaupt noch ein Sozi sein soll. Die Anwesenden bedankten sich mit lang anhaltenden Applaus. Der Vorsitzende, Peter Swoboda, überreichte Wein, fränkische Leckereien und ein Buch über die Gartenstadt. ■

Wählerischer Staat

VON JULIAN MATSCHINSKE

■ Die Jusos sind dafür bekannt, dass sie eine breite Vielfalt von Themen behandeln. Von den großen politischen Denkern bis hin zu kommunalen Entscheidungen können die jungen Parteimitglieder ihr politisches Interesse entfalten. In dem folgenden Artikel grei-



fen wir nur einen Punkt aus unserer aktuellen Arbeit auf: das staatliche Vergaberecht.

„Der Markt“ – für viele ein abstrakter Begriff, der schwer zu fassen ist. Dabei sind wir alle ein Teil von ihm. Wenn wir in den Supermarkt gehen und dort etwas kaufen, oder wenn wir arbeiten gehen. Aber auch der Staat ist Teil des Marktes immer dann, wenn er einen Auftrag vergibt. Und doch unterscheidet sich das Konsumverhalten des Staates in manchen Bereichen fundamental von dem einer Privatperson.

Nicht nur, dass eine Privatperson selten den Bau einer Autobahnbrücke in Auftrag gibt, auch die Kriterien bei der Auswahl sind verschieden – oder sollten es aus unserer Sicht zumindest sein. Sollte dabei nur der Preis eine Rolle spielen? Gewiss, der Staat hantiert mit dem Geld von uns allen und sollte damit sparsam umgehen. Aber kann er deshalb guten Gewissens das billigste Angebot wählen,

wenn er damit einen Preisdruck erzeugt, der an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergegeben wird? Oder wenn dadurch Baustoffe verwendet werden, die zwar billig, aber in ihrer Herstellung umweltbelastend sind? Wir finden, dass genau diese Herangehensweise unsere Bemühungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeitsmarktpolitik und der Umweltpolitik konterkariert und deshalb abzulehnen ist. Im Gegenteil müssen die Kriterien bei der Auswahl von Angeboten um viele weitere Komponenten erweitert werden, die die Bezahlung der Mitarbeiter, den Einfluss auf die Umwelt und weitere soziale und ökologische Fragen einschließen und nicht nur den Preis berücksichtigen.

Nun existiert aus gutem Grund ein striktes Vergaberecht, das den Handlungsspielraum jener einschränkt, die die Aufträge vergeben. In Kleinstädten, in denen der Bürgermeister gute Beziehungen zum örtlichen Baulöwen hat, besteht natürlich die Gefahr der Vetternwirtschaft. Und auch die Korruption ist ein immerwährendes Problem. Deshalb müsste eine Umgestaltung des Vergaberechts ein hohes Maß an Transparenz und Nachprüfbarkeit verinnerlichen. Die umschriebenen Kriterien müssen also fassbar und messbar gemacht werden.

Wir schlagen dazu ein Messverfahren ähnlich der „Project Scorecard“ vor, die aus der Betriebswirtschaft bekannt ist und auf die Bedürfnisse der öffentlichen Hand angepasst werden soll. Sie ermöglicht die Berücksichtigung einer Vielzahl von Kriterien bei der Auftragsvergabe und gewährleistet gleichzeitig das nötige Maß an Transparenz. Wir erhoffen uns davon auch einen positiv steuernden Einfluss auf die Wirtschaft, denn immerhin beträgt die Staatsquote, also der Anteil der staatlichen Ausgaben am Gesamtkonsum, knapp 50 %. ■

Termine

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Johannis und Gostenhof: Weihnachtsfeier

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD-Worzeldorf:
Weihnachtsfeier
und Mitgliederversammlung, Sportgaststätte, Friedrich-Overbeck-Str.

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Weihnachtsfeier
SIGENA – Plauenerstr.13

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Leonhard-Schweinau:
Weihnachtsfeier
bitte bei Victor Strogies anmelden unter 2874689 oder strogies@gmail.com, Restaurant Sarajevo, Schwachbacherstr. 53

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD-Fischbach:
Mitgliedertreff
Gaststätte TSV Altenfurt, UG, Wohlaier Str.16

09.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach:
Jahresabschlussfeier
Restaurant La Grappa, Eibacher Hauptstraße 2

11.12.2014 - 19:00 Uhr
SPD-Gartenstadt:
Weihnachtsfeier
Gaststätte Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

12.12.2014 - 22:09 Uhr
SPD Siedlungen Süd:
Jahresabschluss
Gaststätte Culinarica,
Saarbrückener Str. 80

15.12.2014 - 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Weihnachtsessen
im Blauen Haus (Nürbanum,
Allersbergerstr. 185)

16.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Nordbahnhof-Vogel-
herd: Jahresschlussfeier
Ristorante SICULUM,
Friedrichstraße 64

18.12.2014 - 12:42 Uhr
SPD Südwest:
Politischer Stammtisch
Sportgasstätte SG Nürnberg
Fürth, Regelsbacher Str. 56

20.12.2014 - 00:00 Uhr
OV Nordostbahnhof:
Infostand
vor MERCADO

22.12.2014 - 19:30 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
Aktivensitzung
BLW Vereinslokal Futterhüt-
te, Richard-Benzinger-Weg
33a

Gedanken zum Jahreswechsel 2014/2015

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2014 gehört in wenigen Tagen schon wieder der Vergangenheit an. Es war zweifelsohne ein wichtiges und ich denke man kann sagen, auch ein erfolgreiches Jahr für die Nürnberger SPD. Wir wurden in unserer Arbeit in und für die Stadt bestätigt. Nicht ohne Grund wurde Dr. Uli Maly mit einem klasse Ergebnis von rund 68 % wieder zum Oberbürgermeister unserer Stadt gewählt. Aber auch unsere Stadtratsfraktion wurde erneut mit großem Abstand zur stärksten Fraktion im Stadtrat gewählt.

Das ist eine schöne Bestätigung unserer Arbeit, aber auch eine große Herausforderung für die nächsten sechs Jahre. Dieser Erfolg war und ist aber nur möglich, weil wir in 38 SPD-Ortsvereinen direkt vor Ort verankert sind, weil wir ansprechbar und lösungsorientiert sind. Die Nürnberger SPD ist gut aufgestellt. Es ist uns gelungen, stets neue Mistreiterinnen und Mistreiter für unsere politische Arbeit zu gewinnen. Wir haben eine gute Altersverteilung und auch die verschiedenen Arbeitsinteressen spiegeln das Bild einer modernen Großstadt-Partei wider. Unsere regelmäßigen Veranstaltungen vor Ort, aber auch die Fachthemen-bezogenen Termine im Karl-Bröger-Zentrum sprechen für sich.

Diese bürgernahe und lösungsorientierte Politik muss auch in Zukunft der gelebt

Stil unserer Politik sein. Dazu werden auch mehr denn je die Ortsvereine vor Ort gebraucht. Ohne die starke Verankerung in den Stadtteilen wäre unsere Politik so nicht möglich. Schon heute will ich daher alle Mitglieder auffordern und bitten, sich bei den anstehenden Ortsvereinswahlen in den nächsten Wochen aktiv zu beteiligen. Jede(r) Einzelne wird gebraucht.

Im März werden wir dann einen neuen Vorstand der Nürnberger SPD wählen. Auch hier gilt schon heute mein Appell an alle aktiven Mitglieder: Unsere Stärke war stets das Miteinander, das sollte auch in der Zukunft unser Motto sein.

Allen Leserinnen und Lesern, allen Aktiven vor Ort, sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung und den stetigen Einsatz für unsere SPD. Ich wünsche nun allen, auch im Namen des ganzen Vorstandes, aller Mandatsträger(innen) und selbstverständlich auch im Namen der Büro-Crew eine ruhige Adventszeit, ein schönes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2015!

Herzliche Grüße
Euer

Christian Vogel

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Januar 2015!